



16

Japan und die NATO

Tsuyoshi GOROKU

Einleitung

Die Beziehungen zwischen Japan und der NATO haben sich in den letzten 15 Jahren stetig weiterentwickelt. Da diese Entwicklung jedoch auf eher unauffällige Weise geschah, wurde sie nicht unbedingt allgemein anerkannt. Für die NATO ist Japan der älteste Partner außerhalb der europäischen Atlantik-Region, und auch für Japan stellt die NATO seit vielen Jahren einen Partner mit gemeinsamen Werten und Interessen dar. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich zwischen Japan und der NATO zudem ein Momentum für die weitere Zusammenarbeit ergeben. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den historischen Wandel der Beziehungen zwischen Japan und der NATO und stellt sowohl ihren aktuellen Stand als auch zukünftige Herausforderungen dar.

Historischer Hintergrund

Während des Kalten Krieges kreuzten sich die Wege Japans und der NATO so gut wie nie, obwohl beide dem westlichen Lager angehörten. Das lag daran, dass beide Seiten schwer damit beschäftigt waren, die Sicherheit in ihrer jeweiligen Region zu gewährleisten. Der starke Antimilitarismus im Japan der Nachkriegszeit war ein weiterer Grund dafür, dass die japanische Regierung sich dem Militärbündnis der NATO gegenüber eher passiv verhielt.

Dennoch versuchten beide Seiten nach dem Ende des Kalten Krieges, informellen Kontakt miteinander aufzunehmen. Eine gemeinsame Sorge vonseiten Japans und Europas zu jener Zeit lag in der Stationierung der neuen Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte (INF) in der Sowjetunion, sowie in den im Jahr 1981 begonnenen INF-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Die im Jahr 1982 gewählte Regierung unter Premierminister Yasuhiro Nakasone befürchtete, dass Japan bei den Verhandlungsvorhaben zwischen den USA und Europa übergangen werden könne, und man die in Europa reduzierten INF erneut im Fernen Osten stationieren würde. Gleichzeitig spürte sie die Notwendigkeit, dem Druck der Sowjetunion einen starken „westlichen Bund“ entgegenzustellen. So belebte Japan nicht nur seinen Dialog mit den USA, sondern auch mit den europäischen NATO-Staaten. Während dieser Dialoge wurde wiederholt die „Unteilbarkeit der Sicherheit der Gipfelstaaten“ bekräftigt – ein Grundsatz, der auch im Rahmen des G7-Gipfels in Williamsburg im Mai 1983 dargelegt wurde, und der bis zum Abschluss des Vertrags über die vollständige Abschaffung der INF im Jahr 1987 als grundlegender Kurs des Westens diente. Außerdem unterstützte Japan ausdrücklich die Stationierung der neuen INF in Europa, gemäß dem „Doppelbeschluss“ der NATO. Obwohl in den 1980er Jahren keine offiziellen Gespräche zwischen Japan und der NATO abgehalten wurden, war es bahnbrechend, dass Japan mit den europäischen NATO-Staaten eine

Reihe enger Gespräche über strategische Fragen führte.

In den 1990er Jahren begannen offizielle Gespräche zwischen Japan und der NATO. Nach dem Ende des Kalten Krieges führte die NATO eine Neubewertung ihrer Rolle durch und baute Beziehungen zu Nicht-Mitgliedsstaaten auf. Andererseits war Japan bestrebt, einen internationalen Beitrag zu leisten, da es bedauerte, im Golfkrieg keine ausreichende Rolle gespielt zu haben. Darüber hinaus, angesichts der zahlreichen sicherheitspolitischen Herausforderungen, gab es das Momentum, damit zusammenhängende Gespräche zwischen Japan und Europa zu führen, die zuvor nur selten stattgefunden hatten.

Außerdem vertiefte Japan seine Beziehungen zu internationalen Organisationen in Europa wie der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (engl. *Organization for Security and Cooperation in Europe*, kurz OSCE) und begann zudem, einen Dialog mit der NATO zu führen. Im Jahr 1990 wurde der „Sicherheitsrat zwischen Japan und der NATO“ gegründet, der sich aus Regierungsvertretern und Experten zusammensetzte, woraufhin Manfred Wörner im darauffolgenden Jahr als erster NATO-Generalsekretär nach Japan reiste. Im Jahr 1993 begannen darüber hinaus die „Verhandlungen auf höchster Verwaltungsebene zwischen Japan und der NATO“, die bis heute

fortgesetzt werden. Obwohl das gegenseitige Verständnis über die Interessen und Bedenken der jeweils anderen Partei dabei gefördert wurde, führten diese Verhandlungen zunächst jedoch nicht zu einer direkten Zusammenarbeit, sondern wurden lediglich „um des Dialoges willen“ geführt.

Diese Situation änderte sich durch die Terroranschläge in den USA im Jahr 2001 sowie den anschließenden Krieg in Afghanistan. Als Reaktion auf diesen Terrorangriff auf Japans Verbündeten entsandte die Regierung unter Premierminister Junichiro Koizumi Ende desselben Jahres ein Marineschiff der Selbstverteidigungsstreitkräfte in den Indischen Ozean, um Kriegsschiffe verschiedener Länder zu versorgen, die sich unter der Führung der USA an den Abhaltemaßnahmen auf dem Meer im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* beteiligten (diese Operation wurde bis auf eine kurze Unterbrechung bis 2010 fortgesetzt). Japan tat dies ausschließlich im Kontext der Unterstützung der USA, wobei der Großteil der zu versorgenden Kriegsschiffe aus NATO-Ländern, einschließlich der USA, stammte.

Während Japan zwar keinen direkten militärischen Beitrag in Afghanistan leisten konnte, übernahm es jedoch eine führende Rolle bei dortigen Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen und erweiterte so seinen diplomatischen Horizont. Dort traf es zum ersten Mal auf die NATO, die ihre Aktivitäten anlässlich der Terroranschläge am 11.

September auf einen globalen Rahmen ausgeweitet hatte.

Im August 2003 übernahm die NATO das Kommando über die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (engl. *International Security Assistance Force*, kurz ISAF). Diese Aufgabe war zunächst auf die afghanische Hauptstadt Kabul und ihre Umgebung beschränkt, wurde jedoch später auf das ganze Land ausgedehnt. Die NATO war darüber hinaus auf eine Kooperation mit internationalen und Nichtregierungsorganisationen sowie Ländern außerhalb der Region angewiesen, da ihre Aufgabe sich auch auf den Wiederaufbau erstreckte.

Vor diesem Hintergrund begann die direkte Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO. So arbeitete Japan ab 2007 mit den von der NATO geleiteten *Provincial Reconstruction Teams (PRT)* zusammen, um Nichtregierungsorganisationen und lokale Verwaltungsbehörden bei der Durchführung von mehr als einhundert Projekten in Bereichen wie Elementarbildung, Berufsausbildung, Gesundheit und Hygiene zu unterstützen. Um eine reibungslose und enge Kooperation mit der NATO in diesem Rahmen zu ermöglichen, wurde 2008 ein entsprechender Koordinator zur zivilen Delegation der NATO nach Kabul entsandt und im darauffolgenden Jahr wurden Entwicklungsexperten als zivile Unterstützungsteams zum PRT unter litauischer Leitung abgeordnet. Da sich die Sicherheitslage nicht so einfach stabilisierte, wurde die Unterstützung Japans

und seine diesbezüglichen Aktivitäten nur durch die Zusammenarbeit mit der NATO und der ISAF ermöglicht.

Darüber hinaus hat Japan im Rahmen des NATO-Treuhandfonds zur Unterstützung des afghanischen Militärs medizinische und pädagogische Hilfsaktivitäten geleistet sowie für eine verstärkte Waffen- und Munitionskontrolle im Rahmen des „Treuhandfonds der Partnerschaft für den Frieden“ gesorgt. Letztere Projekte wurden auch in anderen Ländern als Afghanistan – darunter in Tadschikistan und der Ukraine – durchgeführt.

Im Zuge dieser lokalen Zusammenarbeit wurde zudem die politische Partnerschaft gestärkt. Da die NATO seit dem Gipfeltreffen von Riga im Jahr 2006 bestrebt ist, die Beziehungen zu Ländern wie Japan und Australien zu stärken, betrachtet auch Japan die NATO als einen Partner mit gemeinsamen Werten. Im Januar 2007 nahm Premierminister Shinzo Abe als erster japanischer Premierminister am Nordatlantikrat (engl. *North Atlantic Council*, kurz NAC) teil, bei dem er betonte, dass Japan und die NATO eine „neue Phase der Zusammenarbeit“ antreten sollten. Man könne es sich angesichts der zahlreichen Sicherheitsprobleme nämlich nicht länger leisten, getrennt voneinander vorzugehen. Neben der Unterstützung Afghanistans wurde bei diesem Treffen auch das Problem der nordkoreanischen Atomraketen und des Aufstiegs Chinas besprochen. Für Japan gewann die NATO als ein „Forum“, das

insbesondere den europäischen Ländern in Bezug auf die Situation in Ostasien wertvolle Informationen lieferte, zunehmend an Bedeutung.

Diese Dynamik der Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO sollte auch unter der Regierung der Demokratischen Partei, die ab September 2009 für fast drei Jahre an der Macht war, beibehalten werden. So nahm beispielsweise Außenminister Koichiro Gomba im Mai 2012 an einer Versammlung zum Thema Afghanistan im Rahmen des Gipfeltreffens in Chicago teil. Im Zuge der praktischen Zusammenarbeit wurde 2010 zudem ein Informationssicherheitsabkommen zwischen Japan und der NATO unterzeichnet.

Während der zweiten Regierungszeit unter Premierminister Abe, die im Dezember 2012 begann und zur längsten Regierung in der Geschichte der konstitutionellen Regierungsform Japans wurde, entwickelten sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Parteien schließlich zu einer „vertrauensvollen und unerlässlichen Partnerschaft“. Unter dem Blickwinkel eines „proaktiven Pazifismus“ verfolgte diese Regierung eine Politik der erweiterten Zusammenarbeit mit den Ländern sowohl des Asien-Pazifiks als auch den europäischen Ländern, einschließlich der NATO, die allesamt gemeinsame Werte und Interessen teilen, wobei man sich nach wie vor auf die Beziehungen zu den USA stützte. Während die NATO im Jahr 2011 auch eine neue

Partnerschaftspolitik verabschiedet hatte, folgte eine „Gemeinsame politische Erklärung zwischen Japan und der NATO“ während des Besuchs von Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in Japan im April 2013. Zu diesem Zeitpunkt richtete Japan den NATO-Botschafterposten ein, der gleichzeitig auch als Botschafter Belgiens fungierte (2018 wurde die ständige Vertretung der japanischen Regierung eröffnet).

Im Mai 2014 wurde daraufhin das „Individuelle Partnerschafts- und Kooperationsprojekt“ (engl. *Individual Partnership and Cooperation Programme*, kurz IPCP) mit Leitlinien, Grundsätzen und spezifischen Bereichen der Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO veröffentlicht. Dabei wurde zu einem verstärkten Dialog auf höherer Ebene sowie zur Förderung der Wehrkooperation und des diesbezüglichen Austauschs aufgerufen. Dabei nannte man die Cyberverteidigung, die maritime Sicherheit, die humanitäre und Katastrophenhilfe, die Rüstungskontrolle, die Atomwaffensperre sowie die Abrüstung als vorrangig zu behandelnde Bereiche. Das IPCP wurde im Mai 2018 und im Juni 2020 zweimal überarbeitet, wobei im Rahmen der letzten Überarbeitung eine Zusammenarbeit für die menschliche Sicherheit als vorrangiger Bereich hinzugefügt wurde und man stärkere Verhandlungen in Bezug auf die Situation in Ostasien forderte.

Als Beispiel für die praktische Zusammenarbeit auf Grundlage des IPCP

werden seit 2019 im Bereich der Cyberverteidigung japanische Beamte aus dem Verteidigungsministerium in das *NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* (CCDCOE) nach Estland entsandt, wo sie an entsprechenden Manövern teilnehmen. Im Bereich der maritimen Sicherheit führte man im Golf von Aden und in der Ostsee gemeinsame Übungen durch, und seit 2019 wird der japanische Verteidigungsattaché im Vereinigten Königreich als Verbindungsoffizier für das NATO-Marinekommando eingesetzt. Darüber hinaus sind weitere Personalaustauschverfahren im Gange – darunter die Entsendung weiblicher Offiziere der Selbstverteidigungstreitkräfte in das NATO-Hauptquartier.

Dass die Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren über die Unterstützung Afghanistans hinausging, liegt daran, dass Japan und die NATO nicht nur grundlegende Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit teilen, sondern auch ein gemeinsames Krisengefühl gegenüber der ins Wanken gekommenen regelbasierten internationalen Ordnung besitzen. Insbesondere durch die immer aktiveren Versuche Chinas und Russlands, den Status quo gewaltsam zu verändern, wird der gegenseitige Einfluss auf die regionale Sicherheit immer mehr von allen anerkannt. In seiner Rede vor dem Nordatlantikrat im Mai 2014 bezeichnete Premierminister Abe Russlands einseitige Annexion der Krim und das Eingreifen in den Konflikt in der Ost-Ukraine als ein „globales Problem, das

sich auch auf Asien auswirkt“, wobei er darauf hinwies, wie oft der Status quo im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer mit Gewalt zu verändern versucht wurde. In seiner Antwort wies Generalsekretär Rasmussen auch darauf hin, dass die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen und asiatisch-pazifischen Raum nicht separat behandelt werden könne und der Dialog mit gleichgesinnten Staaten wie Japan wichtig sei.

In diesem Zusammenhang nimmt auch aufseiten der NATO das Interesse gegenüber China und dem indopazifischen Raum allmählich zu. In der gemeinsamen Presseerklärung, die anlässlich des Besuchs von Generalsekretär Stoltenberg in Japan im Oktober 2017 veröffentlicht wurde, brachte man die Besorgnis über die Situation im Ost- und Südchinesischen Meer zum Ausdruck und verurteilte die nordkoreanischen Atomversuche sowie den dortigen Start ballistischer Raketen scharf. Außerdem enthielt die „Londoner Erklärung“ der Staats- und Regierungschefs der NATO vom Dezember 2019 einen Satz, in dem es hieß, dass Chinas wachsender Einfluss „sowohl Chancen als auch Herausforderungen“ mit sich bringe – dies war das erste Mal in der Geschichte der NATO, dass der chinesische Staat Erwähnung fand. Im Dezember 2020 nahmen die „Asiatisch-Pazifischen Partner der NATO“ (Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland) an einem Treffen der NATO-Außenminister teil, um das sich verändernde globale Machtgleichgewicht – einschließlich des Aufstiegs Chinas – zu diskutieren.

Aktueller Stand und Herausforderungen

Das Gipfeltreffen der NATO in Madrid im Juni 2022 war angesichts des fort-dauernden russischen Überfalls auf die Ukraine eine historische Zusammenkunft, die den Zusammenhalt der Verbündeten zeigte. Auch war es bahnbrechend, dass gerade dann, wenn ein neues strategisches Konzept verabschiedet werden sollte, ein Treffen mit allen Partnerländern – einschließlich der Staats- und Regierungschefs der AP4 – stattfand. Im neuen strategischen Konzept wurde Russland als die „schwerste und unmittelbarste Bedrohung“ und China als eine „systematische Herausforderung“ bezeichnet. Im Anschluss an die letztjährige Erklärung der Staats- und Regierungschefs wurden außerdem Bedenken hinsichtlich einer chinesisch-russischen Zusammenarbeit geäußert. Gegenwärtig ist die Konzentration der NATO auf Russland eine natürliche Entwicklung, wobei ihre Wachsamkeit gegenüber den chinesischen Schritten sowie die anhaltend zum Ausdruck gebrachte Stärkung der Beziehungen zu den AP4-Staaten für Japan aus mittel- bis langfristiger Sicht von Vorteil ist.

Premierminister Fumio Kishida nahm als erster japanischer Premierminister an einem NATO-Gipfeltreffen teil. Die Tatsache, dass diese Reise im Vorfeld der Wahlen zum Oberhaus unternommen wurde, war eher ungewöhnlich, weshalb es einen wichtigen Grund für ihn gegeben

haben muss, persönlich an diesem Treffen teilzunehmen. Letztendlich führte dies dazu, dass das nationale Interesse an der NATO und den Beziehungen zwischen Japan und der NATO stieg.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat die Regierung unter Premierminister Kishida im Einklang mit den G7-Staaten beispiellos harte Sanktionen gegen Russland verhängt. Die öffentliche Unterstützung dieser Sanktionen ist verhältnismäßig groß, und ein Großteil der Bevölkerung empfindet den Krieg in der Ukraine nicht als weit entferntes Ereignis ohne persönliche Auswirkungen. Auch in Japan werden die Diskussionen und Maßnahmen in Bezug auf eine stärkere abschreckende Verteidigungshaltung, einschließlich eines höheren Wehretats, beschleunigt. Außerdem hat Japan die Ukraine in unterschiedlichen Bereichen in großem Umfang unterstützt. Dabei sollte im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Japan und der NATO insbesondere die Bereitstellung von nicht-tödlicher Ausrüstung genannt werden, die Premierminister Kishida bei seinem Besuch in Kiew im März 2023 im Rahmen des NATO-Treuhandfonds für die Ukraine (engl. *Comprehensive Assistance Package*, kurz CAP) ankündigte.

Da das Vorgehen Russlands nicht nur für Europa, sondern auch für die internationale Ordnung von grundlegender Bedeutung ist, beteiligt sich Japan aktiv an der Situation im geografisch weit

entfernten Europa. Außerdem dürfe es gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft keine fälschliche Botschaft in Bezug auf eine gewaltsame Veränderung des Status quo vermitteln, über die man sich aufgrund der Existenz Chinas und Nordkoreas besorgt zeigt. Darüber hinaus besteht die Hoffnung, dass die europäischen NATO-Staaten dieselbe Verbundenheit und Unterstützung an den Tag legen werden, wenn ähnliche Konflikte in Zukunft in Ostasien ausbrechen sollten.

Auf dem Gipfeltreffen in Madrid sprach Premierminister Kishida außerdem von der „Unteilbarkeit“ der Sicherheit Europas und des indopazifischen Raums, die untrennbar miteinander verbunden seien, und betonte zudem das starke Krisengefühl, dass „die Ukraine von heute das Ostasien von morgen sein könnte“. Um die Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO zusätzlich zu vertiefen, wurden verschiedene Vereinbarungen wie eine radikale, an das neue Umfeld angepasste Überarbeitung des IPCP getroffen. Japan betrachtete dieses Gipfeltreffen als ersten Schritt in Richtung eines „erweiterten Horizonts für die neue Ära der Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO“.

Im Januar 2023 schließlich reiste Generalsekretär Stoltenberg nach Japan. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gemeinsame Erklärung vonseiten Japans und der NATO veröffentlicht, in der die Überarbeitung ihrer jeweiligen strategischen Dokumente begrüßt wurde. In der

Erklärung wurde auch der Fortschritt bei der Ausarbeitung des länderspezifischen Partnerschaftsplans (engl. *Individually Tailored Partnership Programme*, kurz ITPP), welcher konkrete und praktische Fragen der Zusammenarbeit umfasst, gelobt. Ebenso wurde darin die Bedeutung einer weiteren Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyber- und Weltraumkriminalität sowie von Falschinformationen bekräftigt.

Um die Kooperation zwischen Japan und der NATO auch in Zukunft weiter zu fördern, muss jedoch auch in anderen als den bestehenden Bereichen der Cyberverteidigung und der maritimen Sicherheit eine gemeinsame Beratung und Zusammenarbeit angestrebt werden. So ist beispielsweise das Problem der Mittelstreckenraketen, die sich negativ auf die abschreckende Verteidigungshaltung beider Seiten auswirken könnten, im Rahmen der „Post-INF-Ära“ eine dringliche Angelegenheit. Außerdem wirken sich Russlands nukleare Drohungen sowie die Modernisierung der chinesischen Atomwaffen schwerwiegend auf die Rüstungskontrolle, Abrüstung und Atomwaffensperre aus, weshalb sie eine gemeinsame Herausforderung sowohl für Japan als auch für die NATO darstellen. Darüber hinaus ist auch die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen China und Russland in den letzten Jahren enorm gewachsen. Im Februar 2022 vereinbarten die chinesischen und russischen Staatschefs eine umfassende Kooperation, darunter

auch im militärischen Bereich, während sie gleichzeitig ihre Ablehnung gegen die Erweiterung der NATO verdeutlichten. Selbst nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ist China weiterhin auf Seiten Russlands, und beide Länder haben ihre gemeinsamen Militäroperationen im Umkreis von Japan intensiviert. Für Japan als auch die NATO wäre es daher von Vorteil, die Möglichkeiten und Grenzen der chinesisch-russischen militärischen Zusammenarbeit gemeinsam zu bewerten und geeignete Maßnahmen gemeinsam zu diskutieren. Dies erfordert auf beiden Seiten sowohl tiefgehende Besprechungen auf unterschiedlichster Ebene als auch die Bereitstellung der erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen.

Zum Abschluss

Um die regelbasierte internationale Ordnung inmitten aller Turbulenzen zu bewahren und zu stärken, hat Japan versucht, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Partnerländern

innerhalb und außerhalb der Region zu stärken; dabei hat es sich stets auf seine Allianz mit den USA gestützt. In diesem Zusammenhang hat auch das Verhältnis zur NATO in Form einer „vertrauenswürdigen und unerlässlichen Partnerschaft“ stetig Fortschritte gemacht. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich die Wahrnehmung, dass europäische und indopazifische Angelegenheiten miteinander verknüpft sind, verstärkt, wodurch sich auch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO zunehmend erhöht. Vor diesem Hintergrund nahm Premierminister Kishida im Juli 2023 zum zweiten Mal in Folge am NATO-Gipfeltreffen teil. Auf dieser Tagung in Vilnius, Litauen, wurde zwischen Japan und der NATO für den vierjährigen Zeitraum zwischen 2023 und 2026 ein ITPP verabschiedet, das vier vorrangige Themen und 16 Kooperationsbereiche umfasst. Dabei ist wichtig, die Aktivitäten in diesen Bereichen regelmäßig zu überprüfen und zu bewerten, um eine sinnvolle und zielführende Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Literaturangaben

Jeffrey W. Hornung (2020), *Allies Growing Closer: Japan–Europe Security Ties in the Age of Strategic Competition*, Santa Monica, CA: RAND Corporation, https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA186-1.html#download

Masashi Nishihara (2006), "Can Japan Be a Global Partner for NATO?" Ronald D. Asmus, eds., *NATO and Global Partners: Views from the Outside*, Riga Papers, German Marshall Fund of the United States

Michito Tsuruoka (2013), "NATO and Japan as Multifaceted Partners," *Research Paper 91*, NATO Defense College, <https://www.ndc.nato.int/news/news.php?icode=517>

Mirna Galic (2019), "Navigating by Sun and Compass: Policy Brief One: Learning from the History of Japan–NATO Relations," Japan Institute of International Affairs, https://www2.jiia.or.jp/pdf/fellow_report/190527Policy_Brief-History_of_Japan_NATO_Relationship.pdf

Tsuyoshi GOROKU



Tsuyoshi Goroku ist Associate Professor für Internationale Beziehungen an der Nishogakusha-Universität (Tokio). Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der europäischen Sicherheit (transatlantische Beziehungen, NATO-Russland-Beziehungen), der Bündnispolitik und der Geschichte der internationalen Beziehungen. Er studierte an der Keio-Universität und an der Sciences-Po Paris, erwarb einen Master of Arts an der Keio-Universität und schloss einen Promotionsstudiengang an der Universität ab. Bevor er 2017 an die Nishogakusha-Universität kam, war er Assistenzprofessor an der Keio-Universität (2012-2014), Teilzeitdozent an der JMSDF, Command and Staff College und Research Fellow am EU Studies Institute in Tokio. Derzeit ist er Mitglied des Forschungsprojekts des Japan Institute of International Affairs (JIIA) zu den Themen „Japan-Europa-Kooperation im Kontext der hegemonialen Konkurrenz zwischen den USA und China“ und „Japans Sicherheit in einer Ära des Großmächte Wettbewerbs“ sowie des Forschungsprojekts des Japan Forum International Relations (JFIR) „China Risk and China Opportunity in the ‚Era of Free and Open Indo-Pacific‘“.